

Regierungserklärung am 16. Oktober 2008 zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich erst einmal für Ihr Verständnis dafür bedanken, dass ich erst jetzt zu Ihnen kommen kann, aber ich habe bis gerade eben mit der Bundeskanzlerin, dem Bundesfinanzminister und den Ministerpräsidenten der Länder über den Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten. Aber ich glaube, es hat sich gelohnt, länger dort zu beraten. Darauf gehe ich gleich näher ein.

Die aktuelle Finanzkrise ist die größte Bedrohung der Weltwirtschaft seit 1945. Die Bundesregierung hat deshalb in enger Abstimmung mit unseren Partnern in der Europäischen Union und den wichtigsten Industrienationen entschieden, entschlossen und koordiniert zu handeln. Das Land Berlin ist wie die anderen Länder vom Bund gebeten worden, sich am dem deutschen Rettungspaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte zu beteiligen. Berlin ist sich seiner gesamtstaatlichen Verantwortung bewusst und unterstützt daher den Rettungspakt der Bundesregierung.

[Allgemeiner Beifall]

Doch hat man in diesen Tagen manchmal das Gefühl, dass sich die Geschichte wiederholt, nur eben in viel bedrohlicheren Dimensionen. Denn die globale Krise auf den Finanzmärkten erinnert uns Berliner an Ereignisse in unserer Stadt, die damals von außen nur als Zeichen provinzieller Selbstüberschätzung abgetan wurden, statt daraus die richtigen Lehren zu ziehen. Ich spreche vom Jahr 2001, vom Berliner Bankenskandal. Damals versuchte eine verhängnisvolle Allianz aus Politik und Bankvorständen, das ganz große Rad zu drehen. Eine kleine Landesbank sollte zum Global Player werden. Es wurden Immobilienfonds aufgelegt, die Traumrenditen ohne Risiko versprachen. Wertberichtigungen wurden vermieden, indem kritische Immobilien von Kreditnehmern aufgekauft und in die Fonds verschoben wurden. Die Gewinne wurden privatisiert, für die Verluste bürgte das Land Berlin. Die Risiken verschwanden fast spurlos in den Bilanzen. So wuchs eine Spekulationsblase, und sie platzte mit einem lauten Knall.

Das Ende ist bekannt. Im Frühjahr 2001 tauchten erste Hinweise auf Scheingeschäfte und Bilanzierungstricks auf. Nach und nach kam die ganze Wahrheit ans Licht. Ich erinnere mich noch gut, wie viel Hohn und Häme Berlin damals einstecken musste. Der Bankenskandal galt vielen in Deutschland nur als Extrembeispiel des Berliner Filzes. Wir mussten kurzfristig 2 Milliarden Euro Liquiditätshilfe bereitstellen. Wir mussten eine Risikoabschirmung für 21,6 Milliarden Euro vornehmen. Viele haben diese Debatten in diesem Haus miterlebt, wie schwer es den Abgeordneten von allen Fraktionen gefallen ist, sich für diese gigantische Summe zu verbürgen.

Das Volumen ist ungefähr das Volumen, das wir für ein ganzen Haushaltsjahr zur Verfügung haben. Was hätten wir mit dem Geld, das wir in unsere Bankgesellschaft hineinstecken mussten, alles an Sinnvollem für die Berliner Bevölkerung tun können!

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion und den Grünen]

Wer zahlt letztendlich die Zeche des Bankenskandals? – Das sind die Berlinerinnen und Berliner. Sie haben große Opfer erbringen müssen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst verzichteten durch den Solidarpakt auf durchschnittlich rund 10 Prozent ihres Gehaltes. Dies war ein entscheidender Beitrag dafür, dass Berlin seine Haushaltsprobleme in den Griff bekommen konnte.

Wir mussten und wir müssen weiter sparen wo immer es geht. Und die mühsam zurückerkämpften Finanzspielräume drohen wieder enger zu werden. Für jede Lehrerstelle, für jede Kitaerzieherin, für jeden Studienplatz muss hart gerechnet werden.

Auf Solidarität des Bundes oder der anderen Länder hofften wir damals vergebens. Berlin war auf sich gestellt. Und was mussten wir nicht für Widerstände überwinden!

Wir wurden von allen Seiten heftig dafür kritisiert, dass wir die Landesbank sanierten. Wir haben über ein Jahr lang hart mit der EU-Kommission über unsere Beihilfen für die Landesbank verhandelt. Ich erinnere mich gut an den einen oder anderen Canossagang nach Brüssel, den ich gemeinsam mit dem Finanzsenator gegangen bin. Wir waren gezwungen, die Landesbank zu verkaufen, und zuvor die Berliner Bank. Damals herrschte die Ideologie vor: Nur Privatbanken seien gute, weil rentable Banken, und die Gewährträgerhaftung des öffentlichen Bankensektors müsse abgeschafft werden. Das war die Stimmung in Brüssel, und nicht nur dort.

Heute hat sich das Blatt auf einmal radikal gewendet. Jetzt suchen die Privatbanken Schutz unter dem Mantel des Staates, und selbst Marktliberale singen das Hohe Lied des öffentlichen Bankensektors. Die Sparerinnen und Sparer haben sich längst entschieden und tragen zunehmend ihr Geld wieder zu den Sparkassen. Schon der Berliner Bankenskandal zeigte, wie der Größenwahn und die Verblendung Einzelner zur existenziellen Krise sowohl der Bank als auch der Stadt Berlin führte. Wir mussten diese Krise allein meistern, und heute können wir sagen, dass wir sie gemeistert haben.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Wir haben im vergangenen Jahr für die Landesbank einen Verkaufserlös erzielt, den uns niemand zugetraut hätte. Daran lässt sich erkennen, dass durch konsequentes Handeln in Krisensituationen neue Spielräume eröffnet werden können. Ich sage heute an dieser Stelle ein großes Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und nicht nur an das Management der Bankgesellschaft und ihrer Gliederungen, die hart dafür gearbeitet und selbst einen Sanierungsbeitrag in nicht unbeachtlicher Höhe geleistet haben. Dank auch an das Management und den Finanzsenator, der das durch konsequentes Handeln ermöglicht hat!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Die heutigen Dimensionen sind ganz andere, aber manche Mechanismen, die in die Krise führten, sind ähnlich. Denn wieder haben Immobilienspekulationen eine Finanzkrise ausgelöst – diesmal nicht in Berlin, sondern auf der ganzen Welt. Wieder hat der Größenwahn von Finanzjongleuren einen Kollaps bewirkt. Steigende Immobilienpreise und sinkende Zinsen hatten in den USA einen Immobilienboom auf Pump bewirkt. Die Banken hatten die Risiken weltweit an andere Institute verkauft. Es lockten Traumrenditen, und die Risiken schienen gleich Null. So testierten es die einschlägigen Ratingagenturen. Als plötzlich die Preise rasant fielen und die Zinsen stiegen, platzte die Blase, und ebenso rasch wurde die Liquidität knapp. Mehr und mehr Geldhäuser kamen in die Bredouille, und schon im Sommer 2007 war auch in Deutschland die IKB in eine Schieflage geraten. Diese Bank ist inzwischen verkauft. Der Gesamtverlust, für den letztlich allein der Steuerzahler haftet, kann im ungünstigsten Fall mehr als 10 Milliarden Euro betragen.

Vor sechs Wochen begannen sich die Ereignisse zu überschlagen. Die US-Hypothekenbank Silver State Bank wurde am 5. September vom Staat geschlossen. Zwei Tage später wurden die beiden großen Immobilienfinanzierer Fannie May und Freddie Mac verstaatlicht. Am 15. September kaufte die Bank of America die Investmentbank Merrill Lynch, und Lehman Brothers musste Insolvenz anmelden. Am Tag darauf rettete die US-Notenbank den amerikanischen Versicherungskonzern AIG durch einen Notfallkredit und leitete die Verstaatlichung ein. So ging es Schlag auf Schlag, und

riesige Geldhäuser fielen in den USA wie Dominosteine um.

Ende September kam die Krise in Europa an. Die britische Hypothekenbank Bradford & Bingley wurde verstaatlicht. Die Beneluxstaaten stiegen vergeblich beim Finanzkonzern Fortis ein, der wenig später zerschlagen wurde.

Am 29. September schnürten Bundesregierung und Geschäftsbanken ein Rettungspaket für die Hypo-Real-Estate, und kaum eine Woche später wurde das Paket in Höhe von 35 Milliarden Euro auf 50 Milliarden Euro aufgestockt. Die Bundesregierung verkündete den Schutz privater Spareinlagen in Deutschland.

Trotz allem brach am 8. Oktober eine Börsenpanik aus. Der DAX verlor innerhalb weniger Minuten nach Handelsbeginn gut sechs Prozent. Das war Ausdruck eines Vertrauensverlusts, der unsere gesamte Wirtschaft zu erfassen drohte. Das spielte sich nicht nur in Deutschland ab, sondern international. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat recht, wenn er sagt: Diese Krise wirkt wie ein Tsunami. – Man spürt sie erst, wenn sie schon da ist. Die Summen, um die es geht, sind so unvorstellbar hoch, dass selbst ausgewiesenen Kennern der Finanzmärkte schwindelig wird. Der amerikanische Finanzsektor ist bereits stark angeschlagen. Deshalb ist es jetzt dringend nötig, starke Deiche zu bauen, damit weiterer Schaden vom deutschen und europäischen Finanzmarkt abgewendet werden kann, und vor allem Vertrauen herzustellen. Wir alle wissen, dass der staatliche Schirm über dem Finanzmarkt alternativlos ist und wir ihn aufspannen müssen. Gleichzeitig, nach all den Fehlern der Finanzmarktpolitik, besteht auch das Gefühl des Ausgeliefertseins. Das ist ein Gefühl, das den Zorn auf diejenigen einschließt, die uns immer die Lehre von den Segnungen des freien, unbehinderten Finanzmarkts gepredigt haben und damit zumindest bei Teilen der Politik auf fahrlässig offene Ohren stießen. Umso wichtiger ist es jetzt klarzumachen, dass die Politik die Konsequenzen zieht, die Verantwortung annimmt und klarstellt, dass die Menschen den Märkten nicht ausgeliefert sind.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Anfang dieser Woche beschloss die Bundesregierung ein Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte. Das war eine mit anderen großen europäischen Ländern abgestimmte Aktion. Kernstück dieses Pakets ist eine Risikoabschirmung für die Banken im Wert von fast 500 Milliarden Euro. Ich möchte klarstellen, dass es sich bei den knapp 500 Milliarden Euro um Risikoübernahmen handelt, bei 400 Milliarden Euro um Garantien und nicht um einen Scheck. Wenn sich die Märkte beruhigen, dann dürfte sich der eventuelle Schaden für die öffentlichen Haushalte fernab dieser Dimension bewegen, aber es besteht ein großes Risiko.

Die erste Säule ist eine staatliche Garantie für Kredite, die sich die Banken untereinander geben. Dafür sind maximal 400 Milliarden Euro vorgesehen, die möglichst nicht fließen sollen. Damit sind die Banken bis zu 36 Monate dagegen geschützt, dass sie Kredite und Wertpapiere abschreiben müssen, weil sie das verliehene Geld nicht zurückbekommen. Für diese Absicherung müssen die Banken Gebühren zahlen, und bis Ende 2009 kann das Geld ausgegeben werden. 20 Milliarden Euro sind vorsorglich dafür vorgesehen, dass die Banken eventuell Garantien in Anspruch nehmen oder für den Fall, dass sich diese Garantien als Verluste manifestieren.

Die zweite Säule besteht aus rund 80 Milliarden Euro. Damit können die Banken ihr Eigenkapital stärken, und im Gegenzug könnte der Bund Miteigentümer einer Bank werden oder durch stille Einlagen sein Kapital sichern. Das alles sind Summen, die jedes Maß übersteigen. Niemals zuvor hat es einen ähnlichen Rettungspakt gegeben. Genauso wenig können wir uns vorstellen, was es bedeutet, dass die Finanzwelt insgesamt am Rand der allgemeinen Zahlungsunfähigkeit gestanden hat. Knapp 500 Milliarden Euro sind das Fünfundzwanzigfache des Berliner Haushalts, das sind gut

200 Milliarden Euro mehr als der gesamte Etat des Bundes. Selbst die Gelder, die im Rahmen der beiden Solidarpakte bis 2019 direkt an die ostdeutschen Länder fließen, nehmen sich dagegen mit gut 300 Milliarden Euro fast bescheiden aus.

Jeder, der die Zahl 500 Milliarden Euro hört, bekommt erst einmal Bauchschmerzen, oder sie erscheint ihm so abstrakt, dass er sie nicht fassen kann. Ich glaube, das ist ganz normal. Deshalb muss der Bund schon sehr genau begründen, wofür er diese Gelder einsetzt – ganz sicher nicht, um bei den Bankern für neue Euphorie zu sorgen, sondern ausschließlich zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und zum Schutz und zur Erhaltung von Arbeitsplätzen.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der Linksfraktion und den Grünen]

Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass wir aus Sorge um die vielen kleinen Unternehmen handeln. Sie müssen Liquidität bekommen. Sie haben nicht spekuliert. Wir wollen doch nicht die Spekulanten schadlos stellen. Die könnten uns egal sein. Der kleine Handwerker, der mittlere Unternehmer, er braucht Kredite, um zu investieren und für die Zukunft des Unternehmens geradezustehen und diese Zukunft zu sichern. Wir wollen doch nicht zulassen, dass Handwerksbetriebe dafür bestraft werden, dass sich Bankmanager verzockt haben. Deshalb treten wir als Staat, als Bund und Länder ein, nicht um den Managern und Spekulanten Profit zu verschaffen.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der Linksfraktion und den Grünen – Beifall von Volker Thiel (FDP)]

Dies ist umso dringlicher, als die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute vor einer Rezession in Deutschland warnen. Damit verbunden sind auch Gefahren für den Arbeitsmarkt, der sich gerade erholt hatte. Gerade deshalb ist es so wichtig, jetzt ein kraftvolles Zeichen zu setzen, damit die Finanzkrise nicht auf die übrige Wirtschaft übergreift. Das nicht zu tun, wäre die schlimmere Alternative, auch finanzpolitisch.

Die Politik steht also vor großen Herausforderungen. Wenn wir diese Herausforderungen verantwortungsvoll meistern wollen, dann müssen alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Das ist auf europäischer Ebene geschehen. Die wichtigsten EU-Partnerländer haben ähnliche Maßnahmen ergriffen wie die Bundesregierung, mittlerweile alle EU-Staaten. Auch die Amerikaner steuern inzwischen mit großer Entschiedenheit gegen die Finanzkrise an. Es gibt bereits erste ermutigende Anzeichen, wie die Zustimmung aus breiten Teilen der Wirtschaft zeigt. Aber wir haben auch gesehen, wie sich die Aktienkurse auf einmal in einer gigantischen Größenordnung erholt haben, aber die Delle kam auch schon wieder. Das heißt, es gibt immer noch eine große Gefahr und auch ein Latenz. Es ist viel Psychologie. Und das bedeutet, dass man nicht alles rational vorhersehen kann, wie sich der Markt verhalten wird. Aber mit dieser Rettungsaktion ist die Hoffnung verbunden, dass wieder Vertrauen wächst, dass die Krise beherrscht werden kann.

Ganz klar ist: Auch Berlin ist sich seiner Verantwortung bewusst. Wir wollen, dass die Berlinerinnen und Berliner auf die Sicherheit ihrer Ersparnisse und Altersvorsorge vertrauen können. Wir werden alles tun, damit unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt. Das bedeutet auch, dass die Berliner Industrie und besonders die vielen kleinen innovativen Unternehmen über günstige und ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten verfügen können. Es geht auch für Berlin um Jobs, Wachstum und Zukunft.

Der bis dato vorliegende Entwurf des Rettungspakts war aus Sicht der Länder nicht akzeptabel. Wir haben von Anfang an in den Gesprächen der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin darauf gedrängt, die Belastungen für die Länder zu senken. Die Länder sollten ursprünglich doppelt herangezogen

werden – einmal mit 35 Prozent am möglichen Verlust des Stabilisierungsfonds nach der endgültigen Abrechnung – wie hoch das gewesen wäre und wann das genau gewesen wäre, sicherlich eher in den Jahren ab 2010, vielleicht sogar erst im Jahre 2013 – und zusätzlich durch eigene Länderbeiträge zur Stabilisierung der Landesbanken zu 100 Prozent. Zugleich blieb aber den Ländern jedes Controlling verwehrt. Das war für uns und auch für andere Länder so nicht akzeptabel. Deshalb haben wir beim Bund auf ein Mitspracherecht der Länder bei der Präzisierung und Umsetzung des Gesetzes gedrängt, ohne die grundsätzliche Bereitschaft der Länder zur Hilfe, zur gesamtstaatlichen Solidarität zu verweigern.

Die Verhandlungen waren heute sicherlich nicht leicht. Aber sie waren von dem Gedanken geprägt, dass es keine Alternative dazu gibt, dass dieses Gesetz morgen sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Bundesrat endgültig verabschiedet werden muss, weil alles andere ein verheerendes Signal wäre.

[Beifall von allen Seiten des Hauses]

Ich weiß auch – und das ist nicht nur in Berlin so, sondern in allen 16 Ländern –, wie machtlos sich teilweise auch Parlamentarier fühlen müssen, wenn sie im Prinzip hohe Risiken für den Landeshaushalt übernehmen müssen, ohne eine Entscheidungsfähigkeit dazu zu haben, ohne eine ausreichende parlamentarische Erörterung zu haben. Ich habe deshalb hohen Respekt davor, dass dies als eine besondere Krisensituation anerkannt wird, in der gehandelt werden muss. Die üblichen Beratungsregularien sowohl beim Deutschen Bundestag als auch im Bundesrat mussten radikal verkürzt werden. Auch die Konsultation in den Ländern ist nicht möglich gewesen. Uns ging es darum, die Risikoaufteilung zwischen Bund und Ländern neu zu definieren. Es bleibt bei dem Verhältnis von 65 zu 35 Prozent, wobei die Länder heute deutlich gemacht haben: Dies ist keine Quote, die sich aus dem Grundgesetz ergibt. Der von der Bundesregierung herangezogene Artikel hat damit nichts zu tun. Es gibt auch viele, die sagen, es sei die alleinige Verantwortung des Bundes, für die Finanzmarktpolitik, für die Wirtschaftspolitik einzustehen. Aber solche juristischen Auseinandersetzungen wären falsch gewesen. Die Länder haben gesagt: Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. – Aber wir hätten bei der bisherigen Regelung ein Risiko von Null – wenn alles super lief – bis zu 6,3 Milliarden Euro allein für das Land Berlin gehabt. Das war die Dimension, in der sich das Land Berlin mit der Zustimmung morgen im Bundesrat verpflichtet hätte. Nun wissen wir aus unserer eigenen Situation bei der Bank, dass sich glücklicherweise nicht jedes Risiko manifestiert. Sowohl die Bundesregierung als auch die Länder werden daran arbeiten, dass sich die Risiken minimieren. Aber Worst Case wären 6,3 Milliarden Euro gewesen.

Wir haben erreicht, dass die Risiken für die Länder insgesamt auf maximal 7,7 Milliarden Euro begrenzt werden. Das bedeutet für Berlin im schlechtesten Fall eine Belastung von rund 290 Millionen Euro. Das muss jetzt noch genau gerechnet werden, aber in dieser Dimension. Das ist jetzt das Risiko, das das Land Berlin mit der Zustimmung eingeht. Es ist ein gutes Ergebnis, dass wir das Risiko von 6,3 Milliarden Euro auf 290 Millionen Euro reduzieren konnten.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Zweitens haben wir klargestellt, dass die Länder nur für Landesbanken einstehen müssen, die mit Inkrafttreten des Gesetzes in ihrem Besitz sind. Auch das war eine Passage, dass die Gründung entscheidend gewesen ist. Auch nachdem wir unsere eigene Landesbank verkauft hatten, hätten wir noch dafür haften müssen. Das ist aus dem Gesetzentwurf raus, sodass wir dafür auch keine Haftung übernehmen. Die Länder haften für ihre Landesbanken auch nur im Anteil ihrer Anteile, die sie an ihnen haben. Es gibt teilweise Landesbanken oder ähnliche Institute, die auch eine private Beteiligung haben. Das ist eine weitere Veränderung, die dort mit hineingekommen ist. Wir werden auch mit einem stimmberechtigten Vertreter im Lenkungsgremium zur Steuerung des gesamten

Fonds sitzen. Das ist ebenfalls ein Erfolg. Und wir werden bei der Rechtsverordnung, die zur Abrechnung des Fonds notwendig sein wird, die Zustimmungspflichtigkeit durch den Bundesrat haben. Das heißt, wir haben es in mehreren Bereichen erreicht, dass die Länder nicht außen vor sind.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der Linksfraktion und der FDP]

Ich bin dankbar, dass die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister, die heute in sehr konstruktiver Weise mit den Ministerpräsidenten beraten haben, sich auch in diesen Fragen bewegt haben. Es war ein von dem Willen geprägtes Verhandeln, dass man zu einem guten Ergebnis und einem fairen Ausgleich kommen muss und soll. Dies ist aus meiner Sicht auch erreicht worden, obwohl – und das sage ich ganz deutlich – auch 290 Millionen Euro Risiko für uns eine Belastung darstellen. Wir müssen daran arbeiten, dass diese Belastung nicht eintritt, sondern sich verringert. Die Chance besteht dazu. Das hat das schwedische Beispiel gezeigt. Aber das Risiko muss benannt werden.

Besonders wichtig ist jetzt, dass wir selbst an unsere Chancen glauben. Die Politik muss die Verantwortung übernehmen, die ihr zusteht. Das wird sie auch tun. Gerade Deutschland hat bessere Voraussetzungen als andere, diese Finanzkrise gut zu meistern.

Dafür sprechen auch fünf strukturelle Gründe. Erstens: Deutschland hat im Gegensatz zu Amerika ein Universalbankensystem. Universalbanken haben viel bessere Chancen, Risiken auszugleichen und ihre Refinanzierung zu sichern, als reine Investmentbanken. Zweitens: Das deutsche Bankensystem mit seinen drei Säulen steht im internationalen Vergleich relativ robust da. Drittens: In Deutschland ist die Sparquote mit aktuell 10 bis 11 Prozent sehr hoch. Es ist also Kapital vorhanden. Das bedeutet Sicherheit. Die Amerikaner legen dagegen nur 0,7 Prozent oder noch weniger ihrer Einkommen auf die hohe Kante.

Viertens: Wir haben in Deutschland noch keine Kreditkrise, sondern lediglich schwierige Bedingungen der Kreditbeschaffung. Fünftens: Es gibt bei uns, anders als in Amerika oder in Spanien oder in Großbritannien, keine irrealen Immobilienpreise, die platzen könnten. Die Immobilien in Deutschland sind zum großen Teil, bis auf wenige Ausnahmen, realistisch bewertet. Wir haben nicht diese überdimensionierten Preise, die zum Kollabieren ganzer Wirtschaften führen können.

Es besteht also kein Grund zum Fatalismus. Wir können zuversichtlich sein, dass wir die Probleme lösen, zumal wir in Deutschland und auch in Berlin eine robuste Landschaft kleiner und mittelständischer Unternehmen haben, die Wachstum und Arbeitsplätze schaffen und sichern. Die Bewältigung der internationalen Finanzkrise bedeutet eine große Verantwortung, auch für den Berliner Senat. Jetzt ist entschlossenes Handeln gefordert.

Es bleibt aber die Frage: Wie erklären wir dies den Berlinerinnen und Berlinern, die bereits bis an die Grenze des Zumutbaren belastet sind? Wie erklären wir, dass wir erneut Banken retten müssen, weil sich Manager im Poker um Milliarden verzockt haben? – Das ist schwer zu vermitteln. Umso wichtiger ist, dass mit den Geldern des Stabilisierungsfonds verantwortungsvoll umgegangen wird. Das sind schließlich Steuergelder. Da steht nicht nur der Bund in einer besonderen Verantwortung, sondern auch die Banken selbst. Es darf am Finanzmarkt kein: Weiter so! geben, wenn die Krise erst ausgestanden ist.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion, der CDU und den Grünen]

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Banken, Prof. Manfred Weber, spricht auch jetzt noch von bedauerlichen Einzelfällen auf den Finanzmärkten. Das finde ich

ungeheuerlich!

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion, der CDU und den Grünen]

Hier waren nicht nur Einzelne am Werk. Hier haben Kontrolleure und Kontrollierte kollektiv versagt.

Wenn die Kanzlerin gestern vom Staat als Hüter der Ordnung gesprochen hat, kann ich dazu nur anmerken: Glückwunsch zu dieser Erkenntnis! Dies ist in der Tat notwendig. Aber sie kommt etwas spät. Wir sollten uns ganz generell nicht von denen blenden lassen, die plötzlich den Staat entdecken, aber seit Jahren doch eher verhindert haben, dass er seiner Ordnungshüterrolle nachkommt.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion, der CDU und den Grünen]

Wir erleben jetzt den Scherbenhaufen, den ein radikaler Marktliberalismus hinterlässt.

[Dr. Martin Lindner (FDP): So ein Unsinn!]

– Herr Lindner! Dass Sie da lachen, wundert mich ehrlich gesagt nicht!

[Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): Zynismus! – Dr. Martin Lindner (FDP): Bisher war Ihre Rede eigentlich ganz vernünftig!]

Seit Margaret Thatcher und Ronald Reagan war in manchen Kreisen die Maßlosigkeit Mode geworden. Die Idee der sozialen Marktwirtschaft – ich betone ausdrücklich das Wort „sozial“ –, die ein geregeltes Nebeneinander von Markt und Staat meint, ist etwas anderes. Und gerade deshalb geht es jetzt darum, den Märkten – mit mehr sozialer Marktwirtschaft – wieder eine soziale Ordnung zu geben.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion und den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Es kann nicht sein, dass Bankmanager Megarenditen von 25 Prozent oder mehr anpeilen, Risiken verschleiern und den Bezug zur realen Wirtschaft verlieren. Deshalb müssen wir die Chancen nutzen, die auch diese Krise bietet.

Endlich kann es vorbei sein mit den Übernahmeschlachten, die nicht dem gesamtwirtschaftlichen Interesse dienen, sondern nur der Profitgier einiger weniger Superreicher.

[Henner Schmidt (FDP): Das ist doch Unsinn, Herr Wowereit!]

Endlich könnten die Praktiken der Hedge-Fonds beendet sein, die nur darauf aus sind, hochprofitable und wettbewerbsfähige Unternehmen zu kaufen, zu zerschlagen und die Teile meistbietend zu veräußern.

[Beifall bei der SPD]

Die Schulden lasten dann auf einer bedeutungslos gewordenen Konzernhülle, und am Ende zahlt die Allgemeinheit, eben nicht die Manager oder die Eigentümer – nach dem Motto: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Das dürfen wir nicht mehr zulassen!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion – Vereinzelter Beifall bei der CDU und den Grünen]

Die hemmungslosen und für die Gesamtwirtschaft sinnlosen Finanzspekulationen müssen vorbei sein. Wir müssen jetzt die Chance ergreifen und den Finanzmärkten eine neue Verfassung geben. Und wir sollten nicht allzu schnell wieder zur Tagesordnung übergehen, nach dem Motto: Kaum steht der Polizist nicht mehr am Straßenrand, fahren alle wieder so schnell und so rücksichtslos wie vorher.

Die Chancen stehen gut, dass auch unsere Partner in der Welt, dass die Engländer, Amerikaner und Franzosen einlenken und sich mit uns auf eine gemeinsame neue Ordnung für den Finanzmarkt einigen. Die Initiative der G-8-Länder weist in die richtige Richtung. Nur durch die gemeinsame

Anstrengung der westlichen Industriestaaten können Auswüchse und Exzesse im Finanzsystem künftig verhindert werden, und damit auch die bekannten Spekulationsblasen, die über kurz oder lang immer geplatzt sind.

Die Bundesregierung zielt mit ihren Maßnahmen in die richtige Richtung: Eine Bank, die Milliardenhilfen an Steuergeldern bekommt, kann ihren Vorständen nicht dicke Millionengehälter mit satten Boni und Aktienoptionen zahlen.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion, der CDU und den Grünen]

Das ist das Minimum, das die Menschen von uns erwarten, dass wir das mit den Finanzhilfen regulieren. Deshalb ist der Vorschlag des Bundesfinanzministers richtig, dass Banken, denen aus Steuermitteln geholfen wird, ihren Vorständen jährlich maximal 500 000 Euro Gehalt zahlen. Ich sage an dieser Stelle, das ich nicht zu denjenigen gehörte, die das reglementieren wollten, aber wer Hilfe in Anspruch nimmt, der muss auch vom Kopf an dafür einstehen. Das ist heute die Verantwortung von Unternehmern und von Managern, wenn sie diese Hilfe in Anspruch nehmen.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion und den Grünen – Vereinzelter Beifall der CDU]

Ebenso richtig ist es, Manager und Aufsichtsräte für Versäumnisse und Fehlentscheidungen stärker persönlich haftbar zu machen. Wir wissen, wie schwer das ist. Wir haben jahrelang versucht, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die objektiv Fehlentscheidungen getroffen haben, die jede Sorgfalt vernachlässigt haben. Wir wissen wie viele Kilometer an Akten bei der Staatsanwaltschaft lagern und kaum einer zur Verantwortung gezogen wird. Das muss sich ändern. Das versteht der Bürger nicht. Da muss man nicht Populist sein wie andere, die Menschen verhetzen wollen, sondern da wird man selbst als Konservativer auf einmal zum Sozialisten. Das kann doch nicht wahr sein!

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion und den Grünen]

Da muss es internationale Standards geben. Bankmanager, die sich verzockt haben und Bilanzrisiken verschleiern, dürfen sich ihren Abgang nicht noch mit Millionen-Abfindungen und Pensionszahlungen vergolden lassen. Sie müssen zur Verantwortung gezogen werden.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion, der CDU und den Grünen]

Eine weitere Lehre aus der Finanzkrise muss lauten: Das Einlagen-Sicherungssystem muss überprüft und leistungsfähiger gemacht werden. Wir brauchen mehr Sicherheit gerade für Privatanleger. Das ist eine Aufgabe der Banken, nicht des Staates.

Wir müssen für mehr Transparenz bei innovativen Finanzprodukten sorgen. Die Risiken solcher Zertifikate dürfen nicht länger in den Bilanzen versteckt werden können. Es muss von Anfang an klar sein, wie hoch die Risiken sind und dafür müssen die Geldhäuser Vorsorge treffen. Im Übrigen gehören bestimmte hochriskante und hochspekulative Finanzprodukte verboten, damit sie gar nicht erst auf den Markt kommen.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion und den Grünen]

Dass Anleger etwa auf fallende Börsenkurse spekulieren und davon auch noch profitieren, wie es bei den „Leerverkäufen“ der Fall war, ist einfach nur pervers.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Es geht bei all dem nicht um Millionäre, die ein Teil ihres Vermögens in Spekulationen investieren, sondern hier sind viele kleine Leute betroffen gewesen, die für ihre Rente Vorsorge getroffen haben.

Es geht hier um Menschen, die 20 000 Euro zurückgelegt haben, die es sich täglich für eine bessere Zukunftssicherung vom Munde abgespart haben. Und dies ist von heute auf morgen weg. Das darf nicht mehr hingenommen werden.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion und den Grünen]

Und schließlich brauchen wir auch eine engere Zusammenarbeit der nationalen Finanzaufsichtsbehörden. In Europa wird derzeit an der Harmonisierung der Aufsicht gearbeitet. Wir brauchen ein internationales Frühwarnsystem. Eine gute Lösung wäre die enge Zusammenarbeit des Internationalen Währungsfonds mit dem Forum für Finanzstabilität, wie sie der Bundesfinanzminister vorschlägt. Das sind Chancen.

Jetzt gilt es, die Ströme des internationalen Geldmarkts wieder mit der Realwirtschaft in Übereinstimmung zu bringen. Wenn das gelingt, dann wird die aktuelle Krise eine Wende zum Guten werden können. Es gibt keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Es gibt aber allen Grund, auch über die Finanzmarktpolitik hinaus deutlich zu machen, dass in den vergangenen Jahren von Teilen der Politik mitunter Irrwege propagiert wurden, ohne dass dort überhaupt noch kritisch nachgefragt wurde.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Der naive Marktglaube hat zum Beispiel immer wieder zu einer Privatisierungsideologie geführt, die längst nicht in jeder Hinsicht vertretbar war. Ich sage hier noch einmal ganz deutlich: Öffentliches Eigentum, das der Daseinsvorsorge dient, darf nicht um eines kurzfristigen Erlöses willen verschleudert werden!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Und erlauben Sie mir eine Bemerkung am Rande: Vielleicht setzt auch hinsichtlich der Bahnprivatisierung im Bund jetzt noch einmal das Nachdenken ein.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion und den Grünen – Unruhe bei der FDP]

– Ja, Herr Lindner, wenn Sie das schön finden, dass der Bahnvorstand nach China und Russland fährt, um Oligarchen und Staatskonzernen Anteile anzubieten, damit dort die Politik der Bahn bestimmt werden kann, dann finden Sie das vielleicht schön. Ich finde es unerträglich für die Kundinnen und Kunden und für die Mobilität in Deutschland.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion und den Grünen – Dr. Martin Lindner (FDP): Sagen Sie doch, wer das bezahlen soll!]

Die Bahnprivatisierung ist nur eines der aktuellen Themen in diesem Zusammenhang. Wie man lesen kann, wird in Berliner FDP-Kreisen gerade wieder über Privatisierungsforderungen bezogen auf unsere BSR nachgedacht.

[Beifall bei der FDP]

Meinen Sie wirklich, das passt in die Zeit, Herr Lindner? – Lesen Sie weiter Herrn Merz mit seinen wunderbaren Heroisierungen des Kapitalismus, das passt zusammen!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Die Frage, vor der wir jetzt alle gemeinsam stehen, ist doch eher die, wie wir der Politik künftig

noch Handlungsspielräume eröffnen können. Die Finanzkrise zeigt letztlich nicht die Ohnmacht, sondern die Notwendigkeit von gestaltender Politik. Natürlich können die gewaltigen Summen des Rettungspakets nicht aus der Portokasse kommen. Aber jetzt relativieren sich aktuelle Debatten über eine Schuldenbegrenzung der Länder. Das ist jetzt, glaube ich, eine theoretische Diskussion geworden.

[Beifall bei der Linksfraktion – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Das heißt nicht, dass wir den Grundgedanken der Haushaltskonsolidierung und der nachhaltigen Finanzpolitik aufgeben. Gerade in solchen Zeiten dürfen wir nicht denen hinterherlaufen, die sagen: Ist alles egal, wir haben nichts mehr zu gestalten. Nein! Wir werden konsequent unsere Handlungsspielräume zurückgewinnen für die Notwendigkeit von Investitionen in Bildung, Ausbildung, Wissenschaft, Forschung und Hochschule, damit wir die Handlungsfähigkeit des Staats auch weiter beweisen können.

In der Finanzkrise hat die Bundesregierung schnell und richtig gehandelt. Jetzt kommt es darauf an, das Rettungspaket schnell in Kraft zu setzen. Morgen wird der Bundestag in 2. und 3. Lesung über das Gesetz abstimmen, am Vormittag muss es der Bundesrat ratifizieren und ebenfalls zustimmen. Berlin wird sich seiner Verantwortung stellen. Berlin wird den Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte zustimmen.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der Linkspartei und der FDP]

Die internationale Finanzkrise bedeutet einen Einschnitt. Aber Berlin wird seinen Weg weiter gehen. Wir haben in der Vergangenheit gezeigt, dass man mit überlegtem und verantwortungsvollem Handeln aus einer Finanzkrise herauskommt. Und wir werden trotz aller Einschlüsse den Weg der Sanierung, wie eben schon beschrieben, weiter beschreiten, denn es gibt keine Alternative dazu, wenn man an zukünftige Generationen denkt.

Auch in diesen für den Finanzmarkt so schwierigen Zeiten arbeiten wir daran, die Lasten des Berliner Bankenskandals abzutragen. Wir wollen die alten Probleme aus der Risikoabschirmung verkaufen. Viele haben sich die Frage gestellt: Ist das überhaupt der richtige Zeitpunkt? – Ich glaube, dass wir es versuchen sollten.

[Christoph Meyer (FDP): Heuschrecken!]

Ich kann mir vorstellen, dass der Zeitpunkt nicht der schlechteste ist. Wir werden den Markt testen, ob wir ein vernünftiges Ergebnis erzielen.

[Christoph Meyer (FDP): An wen verkaufen Sie, Herr Wowereit?]

Auch hier gilt die klare Aussage: Wenn nicht 100 Prozent der Risiken übernommen werden und wenn nicht ein vernünftiges Endergebnis dabei herauskommt, dann werden wir es nicht tun. Aber wir sollten es versuchen. Dann hätten wir das Kapitel Bankgesellschaft für uns positiv abgeschlossen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Wir können die Krise erfolgreich bestehen. Der Rettungspakt für die Banken zeigt: Wir sind der Krise des Marktes nicht ohnmächtig ausgeliefert. Die Politik ist der Krise gewachsen. Wir können durch konsequentes und verantwortungsvolles Handeln neue Gestaltungsmöglichkeiten gewinnen. Soziale Marktwirtschaft meint beides: Wettbewerb und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Dafür brauchen wir, das ist eine wichtige Lehre dieser Krise, eben einen starken Staat. Und dafür werden wir einstehen.

[Anhaltender Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]